

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Ferial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haf,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Sgr. Sachsen  
u. Preuß. Sachl. -Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Ferial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., - Privat- und Begünstigungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeit-Zeile berechnet.

Nr. 42. Sonntag, 12. April. 1874.

## Politische Uebersicht.

Um die Schande des beschlossenen Rückzugs in der Militär-  
frage von sich abzulenken, sind die nationalliberalen Jähren  
auf das Auskunftsmitglied verfallen, eine Plebiszitfarce zu arrangieren,  
taufendmal plumper und unehrlicher als diejenige, deren  
indirekte Verteidigung dem Eltsasser Abgeordneten Teutsch weiland  
vom Reichstag als eine Todsünde angedreht ward. Es sollen  
sogenannte Volks- oder Wählerversammlungen — hinter verschlo-  
senen Thüren oder mit Eintrittskarten — abgehalten, und von  
diesen „gepackten Meetings“ Beschlüsse zu Gunsten des Militär-  
gesetzes im Namen des souveränen Volkes gefaßt werden. Es ist  
Plicht unserer Parteigenossen, so weit es in ihrer Macht steht,  
dies schöne Spiel, das man mit dem Namen des Volks treibt,  
zu vereiteln. Die Verräther sollen auch die Schmach und die  
Schuld des Verraths tragen! In jeder öffentlichen Versamm-  
lung, welche die nationalliberale Sippe zu berufen sich erdreistet,  
müssen unsere Parteigenossen in Massen erscheinen und, natürlich  
unter gewissenhafter Achtung der Redefreiheit des Gegners, Be-  
schlüsse annehmen, welche den Interessen des Volks Ausdruck ver-  
leihen. Den nicht öffentlichen Versammlungen sind öffentliche  
Massenversammlungen der Reichstagswähler gegenüberzustellen, zu  
denen die Gegner unter Garantie vollkommener Redefreiheit ein-  
geladen sind. Außer in den besonders zu diesem Zweck anbe-  
rathenen Versammlungen sollten auch in jeder sonstigen Versamm-  
lung von unseren Parteigenossen Beschlüsse gegen das Militärgesetz  
adoptirt werden. Nicht als ob ein unmittelbarer praktischer Erfolg  
zu erwarten wäre, — der „Liberalen“ Appell ans Volk ist ja  
bloßer Humbug — aber wir wollen den nationalliberalen Jähren  
wenigstens die Möglichkeit rauben, ihre Niedertracht mit dem  
Mantelchen der „Volksouveränität“ zu zudecken.

Ultima ratio. Staatsanwälte, „Sauhirtin“, Polizisten,  
Spione und Gesellschaftler aller Arten haben sich bisher ver-  
geblich bemüht, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie eine blu-  
tliche Revolution anstrebe. Wer aber seine ultima ratio, seinen  
„letzten Entscheidungsgrund“, nur im Blutvergießen erblickt, das  
sagt uns offen die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ vom  
27. März, ein nationalliberales Blatt, wo es heißt:  
„An unser Volk, an unsere gestittete Gesellschaft tritt aber die  
Wahnung heran, den Feind, der unserer Civilisation, unserem  
Besitzthum (!) den Tod geschworen, zu erkennen und seine Kraft  
nicht zu unterschätzen. Die letzten Wahlen haben uns gezeigt, wie  
vortreflich organisiert die Sozialdemokratie ist und wie geschickt  
sie zu operiren versteht. Ueber die Ziele derselben kann sich heut  
zu Tage Keiner mehr im Unklaren befinden, sie werden uns ja  
deutlich genug vor die Augen gerückt; auf allen Gebieten des  
Lebens und der Gesellschaft gilt es, diesen Bestrebungen energisch  
entgegenzutreten, auf der andern Seite aber durch Aufklärung  
und möglichste Ausgleichung der sozialen Widersprüche die  
Katastrophe, welche die Internationale herbeizuführen trachtet, zu  
vereiteln. Wird uns aber dennoch (!) die sozialdemokratische  
Weisheit die Rebellion als bestes Heilmittel der Gesellschaft ver-  
schreiben, so mag sie daran erinnert werden, daß die staatliche  
und bürgerliche Ordnung zur Wahrung ihrer selbst ein kräftiges  
Gegengmittel besitzt — die Kartätschen.“

Daß mit der „Aufklärung“, d. h. Volksverdummung, die  
soziale Frage so wenig gelöst wird, als mit der „Ausgleichung  
der sozialen Widersprüche“, d. h. ungestörte Ausbeutung des  
Proletariats, ist der „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ so  
klar wie uns. Es muß ihr klar sein; hat doch dieses selbe Blatt  
im Jahre 1848 dieselben sozialistisch gefärbten Arbeiter auf die  
Barricaden gehetzt, welche es heute niederkartätschen will. Es gibt  
also kein „dennoch“, sondern die „Hildesheimer Allgemeine Zei-  
tung“ mag nur gerade heraus sagen: Wenn die Arbeiterklasse nicht  
fähig sich ausbeuten lassen will, wird sie mit Kartätschen zur  
Ruhe gebracht werden! Im Uebrigen finden wir diese Angst-  
kartätschen aus dem Tintenfaß eines „liberalen“ Scribenten, der  
mit wissenschaftlichen Gründen nicht gegen uns ankämpfen kann,  
sehr ergötzlich. Immer los mit den Kartätschen! Der Mann  
braucht sich auch vor Repressalien nicht zu fürchten. Wenn die  
Arbeiter zur Herrschaft kommen, knüpfen sie solche Kerle wie den  
Hildesheimer Kartätschenmeister durchaus nicht etwa an den La-  
ternenpfählen auf, sondern schicken sie voll Mitleid in — eine gute  
Schule, wo ihnen die Anfangsgründe der Sozialwissenschaft bei-  
gebracht werden.

Blödsinn. Unter dem Titel „Eine frohe Botschaft“  
brucht die hiesige Allgemeine Zeitung des auch in Kulturge-  
sichte machenden Professor Biedermann in ihrer Nr. 79 einen  
Artikel („aus Bayern, Ende März“) gegen unsere bayerischen  
Parteigenossen ab, in dem folgender Passus vorkommt:  
„Geradezu gewissenlos ist es von diesen Apofeln (den sozial-  
demokratischen Agitatoren), den Leuten den Mund wässrig zu  
machen mit einer Aussicht auf materielle Gewinne, welche hier nie-  
mals sich verwirklichen können. „Mühe und Arbeit“ ist unser  
Aller Loos. (Ausgenommen die reichen Faulenzler, deren es ziem-  
lich viele und zum Theil in sehr einflussreichen Stellungen geben  
soll.) Das Kanaan des „allgemeinen Lebensgenusses“ werden die  
Arbeiter nie, gar nie betreten. Eitel Humbug, verwerflicher  
Schwindel ist es, mit solchen Lockpreisen die Arbeiter zu fohren.  
Denn Arbeiter, welche den sozialdemokratischen Irthümern folgen,  
\*) Ein auf die eine oder die andere Weise mit Creaturen und An-  
hängern der Enderaser gefülltes, dem Publikum, dem Volk thatsächlich  
verhaftenes Meeting nennt man in England ein „packed meeting.“

werden durch Schaden schon noch zu der Erkenntnis kommen, daß  
sie in einen Sumpf gerathen sind, aus welchem nur Einkehr bei  
sich selbst retten kann, und endliche Umkehr in das von ihnen zum  
Umsturz bestimmte Gemeinwesen. Sie werden dann einsehen, daß  
ihre Evangelisten eben auch nicht das Wunder verrichten können,  
es dahin zu bringen, daß sie, die Arbeiter, Trauben von den  
Dornen lesen. (Das einzige „Wunder“, welches diese „Evan-  
gelisten“ zwar nicht „verrichten“, dessen Verrichtung sie aber an-  
bahnen wollen, ist: daß künstlich diejenigen, welche die „T au-  
ben“ pflanzen und ziehen, auch die Trauben zu essen bekommen,  
und daß die Faulenzler, die ihnen jetzt die Trauben wegessen,  
sich damit begnügen müssen, „Trauben von den Dornen zu lesen“.)  
Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen — wenn der Ar-  
beiter vom „allgemeinen Lebensgenuss“ hört, dessen er eigentlich  
würdig sei, und an welchem ihn nur der absolutistische Staat  
hindere, so ist es doch klar (für Leute von der Denkraft des  
Correspondenten „Aus Bayern“), daß er darunter sich vorstellt,  
er könne dann den Hobel auf die Seite legen, nach Belieben  
baumeln und nach Herzenslust der Augen- und Magenweide sich  
hingeben. (Also ein Leben führen, wie die Herren Bourgeois und  
sonstigen Schmarotzer der menschlichen Gesellschaft.) Dieser Volks-  
staat müßte so eine Art Schlaraffenland werden, wie man es uns  
in den Kinderjahren schilderte (und in denen der Correspondent  
„Aus Bayern“ stehen geblieben zu sein scheint). Das wäre ja  
freilich alles recht schön (so? Freilich, warum sollten die Herren  
Bourgeois und Bourgeoisstribenten das Schlaraffenland nicht  
„recht schön“ finden, kennen sie es doch aus eigener Erfahrung,  
leben sie doch thatsächlich darin und werden dick und fett), wenn  
nur nicht die unbequeme Frage dazwischen käme und unerbittlich  
ihre Verantwortung erheische: „Ja, wenn in diesem vortreflichen  
Volksstaat Alle genießen, wer arbeitet denn dann, um die Dinge,  
welche zur Befriedigung des „allgemeinen Lebensgenusses“ gehören  
und täglich auf dem „Tischlein des“ dich“ parat liegen sollen, her-  
beizuschaffen.“

So weit der Biedermann'sche Correspondent „Aus Bayern“.  
Wir wollen ihm seine Frage beantworten: „Jeder muß arbeiten,  
der genießen will!“ Sehr einfach, das, nicht wahr Du Pfiffikus  
„Aus Bayern?“ Dagegen wirst Du doch wohl nichts einzu-  
wenden haben? Natürlich steht diesem Satz aber der andere zur  
Seite: „Jeder, der nicht arbeitet, nicht gesellschaftlich nützlich  
arbeitet, soll auch nicht genießen.“ Das klingt bedenklider, Du  
Weiser aus dem Bayernland? Nicht wahr? Was soll aus  
„Schlaraffenland“ werden, wenn Jeder Schlaraffe arbeiten muß?  
Und gesellschaftlich nützlich arbeiten, was das Schreiben solcher  
Correspondenzen, wie dieser „Aus Bayern“ z. E. nicht ist.  
Wir haben diese Auszüge nur gegeben, um zu zeigen, welch  
standalöse Ignoranz in den Reihen der Herren Bourgeois über  
die wichtigste aller Zeitsfragen herrscht. Ein Agitator unserer  
Partei, der nur den zehnten Theil des Blödsinns, der in der  
Biedermann'schen Correspondenz „aus Bayern“ aufgeschüttet ist, in  
einer Versammlung vordrächte, würde sofort mit Schimpf und  
Schande seines Postens entbunden werden. Und wenn uns Herr  
Biedermann oder sein Correspondent „aus Bayern“ einen ein-  
zigen sozialdemokratischen Arbeiter nachweist, der von dem „all-  
gemeinen Lebensgenuss“ die Vorstellungen des Correspondenten  
„aus Bayern“ hat, so verpflichten wir uns feierlich, national-  
liberal zu werden, Bismarck anzubeten, und unsere Hand dem  
Reptilienfonds zu öffnen. —

Ein „deutscher Professor“, der den poetischen Namen  
Frühauß führt und in der Oberlausitz zum Reichstagsabgeordneten  
gewählt worden ist, gibt in der „Oberlausitzer Volkszeitung“ seinen  
gebildeten Wählern von Zeit zu Zeit Nachricht, wie es im Reichs-  
tage ansieht und was daselbst getrieben wird. Dieser brave  
Mann, der seinen Reichstagsitz für einen Katheder anzusehen scheint,  
fühlt sich selbstverständlich auch berufen, seinen professorlichen Kohl  
auf die Sozialdemokratie abzulagern. In der „Oberlausitzer  
Volkszeitung“ vom 1. April schreibt er aus Hirsch's parlamen-  
tarischem Almanach die biographischen Notizen über die sozial-  
demokratischen Reichstagsabgeordneten ab und schließt mit folgender  
Betrachtung:

„Die Sozialdemokraten leiden natürlich nicht an Schüchtern-  
heit und Bescheidenheit, wenn sie als Redner im Reichstage auf-  
treten; sie schleudern dann regelmäßig eine Menge grober Belei-  
digungen uns an den Kopf. Alle, die nicht Sozialdemokraten  
sind, heißen Blutsauger, Müßiggänger, Ordnungsbän-  
diten. Es mag eine Frage sein, wie sie wolle, sie halten sich ge-  
wöhnlich wenig oder gar nicht an die Sache, von der die Rede  
ist und sind stets sofort mit einem Sprünge auf der sozialen Frage.  
Es ist ihnen zur Gewohnheit geworden, überall und jederzeit mit  
diesem Sprünge die grade berathene Frage in endlose Länge zu  
ziehen, so daß wir hier die kostbare Zeit verlieren und nur  
langsam mit den Gesetzen von der Stelle kommen. Die Sozial-  
demokraten freuen sich natürlich über diese Art Erfolg ihrer Thätig-  
keit als Abgeordnete.“

Man glaubt wirklich, der Herr Professor sähe auf der Schul-  
bank und seine Wähler um ihn herum und der Herr Professor  
erzähle seinen Wählern „Geschichten“. Von den 3 Ausdrücken  
„Blutsauger“ — „Müßiggänger“ — „Ordnungsbänditen“ ist  
höchstens der letzte im Reichstage gefallen und zwar einmal in  
Haffelmann's Rede über das Contrahirungsgesetz mit Bezug auf die  
Wörter der Commune. Wir finden an diesem Ausdruck weder  
etwas anstößiges noch unpassendes; der Herr Professor aber, der  
„regelmäßig“ solche Ausdrücke gehört haben will, möge seine Ohren  
besser spigen.

Die Behauptung, daß durch die vielen und langen Reden der  
Sozialdemokraten die Reichstagsverhandlungen aufgehalten würden,  
ist gänzlich aus der Luft gegriffen. So lange jetzt der am  
10. Januar gewählte Reichstag thätig gewesen, sind die sieben  
Sozialdemokraten zusammen ungefähr ein Duzend Mal zu  
Worte gekommen, während der Besinnungsgenosse des Hrn. Früh-  
auß, Hr. Lasker allein, in der verflochtenen dreijährigen Session  
des Reichstages nicht viel weniger als hundertfünfzig Reden,  
wenn wir uns recht erinnern, vom Stapel gelassen hat. Und was  
für lange Reden!

Der Herr Professor mag also künstlich seinen Wählern nicht  
mehr solch albernes Zeug vorschwätzen.  
Daß es dem Herrn Professor nicht recht ist, wenn von der  
sozialen Frage gesprochen wird, finden wir begreiflich. Deutsche  
Professoren verstehen mit äußerst wenigen Ausnahmen von der  
sozialen Frage gerade so viel, wie der Fasel vom Lautenschlagen,  
und da muß es ihnen allerdings peinlich sein, wenn die Gefahr  
nahe tritt, daß sie ihre Ignoranz vor aller Welt zum Besten  
geben müssen.

Der Zwist im Lager der englischen Gewerkschaften  
ist noch nicht geschlichtet. In der letzten Nummer des „Beehive“  
verteidigt sich die Redaktion des Längeren gegen den ihr gemachten  
Vorwurf zu einseitigen Vorgehens gegen die königliche Commission  
und in dieselbe eingetretenen Arbeitervertreter. Sie habe Niemand  
persönlich angegriffen, und da ihre Ansichten sich nicht geändert,  
so könne sie auch nichts juristruen. „In einem kritischen Zeit-  
punkt, — einem Zeitpunkt, der als eine Krise in den Angelegen-  
heiten des Trades-Unionismus (Gewerkschaftswesens) betrachtet  
werden kann — wo erklärte Freunde dem Feind kräftig in die  
Hände arbeiten und ihm die Waffen liefern, mit denen er seine  
schwersten Schläge gegen uns führen kann, in einem solchen Zeit-  
punkt verlangt man von uns, wir sollten in leidenschaftslofen und  
ungefärbten Worten reden, damit die „zarten“ Empfindlichkeiten  
der Uebelthäter (offenders) nicht unangenehm berührt werden. —  
Wir können nicht glauben, daß die Männer, welche die Reihen  
des Gewerkschaftsheers füllen, bei allen Gelegenheiten der Schmeiche-  
leien und des Lobes ihrer Freunde bedürfen. Wenn es gefährlich  
ist, Einzelnen oder Gruppen von ihnen, die auf Irrwege gerathen,  
Missbilligung auszudrücken, dann steht es um ihre Sache schlimmer  
als wir gedacht haben. Wenn sie keinen Tadel vertragen können,  
dann um so besser für sie, je weniger ehrlich ihre Rathgeber sind.  
Aber wir haben keine so schlechte Meinung von ihnen; wir glauben,  
daß sie genug Männlichkeit besitzen, um auf einen ehrlichen Angriff  
ehrlich antworten zu können. Der Streit, welcher sich wegen dieser  
elenden königlichen Commission entbraunt ist, sollte sich durch Ernst  
und sachliche Behandlung auszeichnen. Welcher Grund ist vor-  
handen, daß er zu kindischer Uebellaune und persönlicher Bereztheit  
führe? Wir wünschen mit allen Zweigen der Gewerkschafts-Be-  
wegung persönlich auf gutem Fuße zu stehen und mit jedem Mann,  
dessen Auffassung wir billigen, harmonisch zusammenzuarbeiten; allein  
wir können nicht loben, was wir nicht billigen können und wir  
können nicht schweigen angesichts einer Handlungsweise, in der wir  
eine verderbliche Schädigung unserer Bewegung erblicken. Im  
gegenwärtigen Augenblick ist unsere Sache von verächtlichen erust-  
haften Gefahren bedroht. Diejenigen, welche den Artikel in unserer  
letzten Nummer über den Prozeß Halliday's (wir gaben Auszüge  
aus diesem Artikel) lasen, werden die Schwere der Krise begreifen.  
Unter solchen Umständen beanspruchen wir das Recht, frei von der  
Leber zu reden, ohne ein jegliches Wort erst auf die Goldwaage zu  
legen. Wir werden auch kräftig reden, wenn wir es für nöthig  
erachten, aber wir verwahren uns für die Vergangenheit und für  
die Zukunft gegen den Vorwurf, in unserer Kritik persönliche  
Rücklichter walten zu lassen.“

So der „Beehive“. Aus den mitgetheilten Stellen ist zweierlei  
zu ersehen. Erstens die große Bereztheit der Partei des „Beehive“  
gegen Mac Donald, Burt und Alle, die in dem „elenden Streit  
wegen der königlichen Commission“ nicht auf Seiten des in Schef-  
feld gewählten „parlamentarischen Ausschusses“ stehn. Jedenfalls  
werden die „Uebelthäter“, welche „dem Feind kräftig in die Hände  
arbeiten und ihm die Waffen liefern, mit denen er seine schwersten  
Schläge gegen uns (die Gewerkschaften) führen kann,“ durch eine  
solche heftige Sprache, die sie entweder als Dummköpfe oder als  
Berräther brandmarkt, nicht verschönlich gestimmt werden.  
Zweitens erhellt aus dem Artikel des „Beehive“ der Ernst der  
Lage, in welcher die englischen Gewerkschaften sich jetzt befinden.  
Der ganze Trades-Unionismus ist in einer Krise begriffen — und  
zwar in einer Krise, bei der es sich um Leben und Tod handelt.

Auch wir hatten von der Zeitungsnachricht, welche den  
Tod des bekannten Communitätsmitgliedes E. Rögy verkündete,  
Notiz genommen. Der Todtgeglaubte hat indessen sehr kräftige  
Lebenszeichen von sich gegeben und ein Freund zu New-York  
hat in dieser Sache eine Zuschrift an uns gerichtet, welche wir  
unverändert zum Abdruck bringen. Unser Freund schreibt:

„An die Redaction des „Volksstaat“.  
Betreffs der Notiz über Rögy habe ich Erkundigungen ein-  
gezogen und von Rögy selbst Abschrift seines Briefes an ein  
englisches Blatt erhalten, welche in deutscher Uebersetzung lautet:  
„An den Herrn Redacteur des „Sunday Mercury“.  
Mein Herr!  
Es ist mir nicht bekannt, woher Sie Ihre Neuigkeiten schöpfen;  
was die mich betreffende Neuigkeit anlangt, so ist sie eine Täu-“

fung (mystification), welche ich sehr schlecht angebracht finde, und ich ersehe Sie daher, diese Zeilen aufzunehmen zur Steuer der Wahrheit über meinen angeblichen Selbstmord.

Daher zweimal zum Tode verurteilt in Frankreich und einmal zum Selbstmord durch Sie, so bin ich doch noch am Leben. Ich bin nicht mehr todt, als an dem Tage, wo ich den Polizeigeboten des Kaiserreichs tödtete, der mich verhaften wollte, weil ich Republikaner war; nicht mehr, als zur Zeit meines Aufenthalts in dem Bagno von Toulouse wegen jener Angelegenheit; nicht mehr, als an dem Tage, wo ich den Präfecten Cosnier zu Marseille verhaftete; nicht mehr, als während ich unter der Commune den Befehl im Fort d'Issy führte, oder als ich mit meinem Chassepot die Angelegenheit von la Roquette bereinigte. Schließlich bin ich nicht mehr todt, als an dem Tage meiner Ankunft in diesem Lande und ich habe keine Lust zum Sterben, ganz das Gegentheil.

Ja! ich hoffe zu leben bis zu dem Tage, an welchem ich noch an den Mörder des Volkes Gerechtigkeit üben kann.

Der Ihrige  
Edmond Mésy,  
Mechaniker, Ex-Gouverneur des Forts d'Issy  
unter der Commune.

Die Groschencorrespondenten, welche diese und ähnliche Enten gegen klingende Münze in die Welt setzen, werden sich nun wohl nicht mehr an Mésy wagen.

### Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

#### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Holha. Unterzeichneter stellt folgende Anträge zur Generalversammlung:

- 1) Der Mitgliedschaft wird verlustig wer länger als 4 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist; 2) den § 4 des Gewerkschaftsstatuts dahin abzuändern: „Außerdem einen monatlichen Beitrag von 1/2 Gr. an die Hauptkasse zu entrichten.“ Zum Schluss desselben Paragraphen: „Doch soll die Höhe der Monatsbeiträge mit Unionssteuer nicht unter 3 Sgr. betragen.“ 3) In § 8 die Worte zu streichen „ebenso wie verpflichtet“. 4) Den § 31 des Gewerkschaftsstatuts zu streichen und hierfür zu setzen: „Stirbt die legitime Ehefrau eines Mitglieds, so erhält dasselbe, wenn es seinen statutarischen Pflichten genügt hat, 12 Thlr. Beerdigungsgeld. Doch wird dieses Geld nur einmal ausgezahlt.“ 5) Den § 15 des Krankenkassenstatuts zu streichen und hierfür zu setzen: „Bei eintretenden Todesfällen erhalten die legitimen Erben des verstorbenen Mitglieds 15 Thlr. Beerdigungsgeld ausgezahlt. Die auf obige Unterstützung berechtigten Erben sind verpflichtet, innerhalb 4 Monaten unter Vorbringung des Todtenscheins und des Quittungsbuches ihre Ansprüche geltend zu machen; geschieht dies innerhalb der angegebenen Zeit nicht, so werden spätere Ansprüche nicht berücksichtigt.“ 6) Am Kopf des § 9 zu setzen: „Die in den §§ 8 und 15 festgesetzte Unterstützung nimmt ihren Anfang“ u. f. w.

Den Mitgliedschaften zur Nachricht, daß die Generalversammlung den 3. Pfingsttag schon zu Ende sein wird.

B. Bod.

### Correspondenzen.

**Chemnitz.** Die „Ch. Fr. Presse“ schreibt: „Unser Tessen(dorf.) Der Berliner Staatsanwalt Tessen(dorf.) hat durch seine amtlichen Denkschriften gegen die Sozialdemokratie und durch Stellung der höchsten Strafanträge in politischen Prozessen sogar dem Leipziger Staatsanwalt Hoffmann und dem Braunschweiger Staatsanwalt Koch den Rang in der Staatsanwaltschaft streitig gemacht. Drum „ihm den Lorbeer, der ihm ewig grünt“ und einen Orden für dies Verdienst wird er wohl bald erhalten, seinen genannten Kollegen ist ja nach ihren Anstrengungen auch diese Fürstengunst geworden.“

In letzter Zeit sind gegen die „Chemnitzer Freie Presse“ wieder eine Anzahl Prozesse anhängig gemacht worden, und es scheint, als wolle sich dieser Segen noch vermehren. Wir sind nun nicht so sentimental, von dem jetzigen und hiesigen Richterstande uns möglicher Schonung zu versehen, wir wissen, daß wir für eine gute Sache streiten und stärksten Pressprozesse nicht; alle Verurtheilungen können uns niemals von der Unrichtigkeit unserer Prinzipien überzeugen. Nun wird sich wohl auch der hiesige Staatsanwalt nie der Illusion hingeben, daß es seinen Bemühungen jemals gelänge, unsere Meinungen zu alterieren, wir glauben sogar, daß er noch zu der Ueberzeugung gelangt, daß an uns jeder Besserungsversuch gänzlich umsonst ist. Heute theilt Herr Kumpelt diese Ansicht noch nicht, sondern er glaubt im Interesse des Staates, seines Brodherren, zu handeln, wenn er die sogenannten Staatsfeinde, (d. h. die Sozialdemokraten) möglichst durch die Härte des Gesetzes zu treffen und unschädlich zu machen sucht.

So auch gestern. Redakteur Uhle war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und der Staatsanwalt Kumpelt beantragte beim Gerichtshof, „daß sich derselbe bei Abmessung des Strafmaßes mehr dem Maximum der angeordneten Strafe nähern möge!“ Die Tendenz unseres Blattes war natürlich erschwerender Umstand. Das Strafgesetz droht in § 95 eine Strafe von 2 Monaten bis zu 5 Jahren Festung oder Gefängnis an, wenn also der Gerichtshof nach dem Verlangen des Staatsanwaltes sich mehr dem Maximum der angeordneten Strafe genähert hätte, so konnte Uhle dafür, daß er einen Artikel aus einem andern Blatte zum Abdruck brachte, worin eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll, einige Jahre hinter Schloß und Riegel sitzen. Auch nicht übel. Wir fragen nun, welche Strafe denjenigen treffen soll, der in wirklich beleidigender Absicht „eine Majestät“ öffentlich beschimpft und bei dem noch sonst erschwerende Umstände in Betracht kommen? Da wird wohl das Strafgesetz von heute nicht hinreichen, nach dem zu urtheilen, was der Staatsanwalt unserem Uhle gönnte. Der Gerichtshof verurtheilte Uhle zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe, welche einer neunmonatlichen Festungshaft gleich zu achten ist. Der Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsraths Voost bestand aus zwei Beisitzern und vier Schöffen.

Uhle vertheidigte sich selbst. Vor Allem erklärte er ausdrücklich, daß er die angefochtenen Stellen vor ihrer Veröffentlichung nicht gelesen habe, wie er das schon früher erklärt, bleibe er auch heute dabei stehen.

Weiter führte er aus: In Nr. 241 der „Chemn. Fr. Presse“ vom 15. October v. J. wird in dem auf der 2. Seite des Blattes in Spalte 1 sich befindlichen Artikel über einen Prozeß referirt, der sich vor den Schranken des Schwurgerichts zu Constanz gegen den katholischen Pfarrer Neugart in Singen abspielte. In diesem Bericht ist die Aeußerung: „Der Hohenzollern hat halt gestohlen, wo er kommt“, lediglich referirt. Gleichzeitig ist darin auch die Strafe, die den Pfarrer traf, mitgetheilt. Diese Mittheilung sowohl, als auch der

Bericht über die dem Pfarrer zuerkannte Strafe gehörte zur Vollständigkeit des Referats über die in Rede stehende Schwurgerichtsverhandlung. Wiedergabe der majestätsbeleidigenden Worte ist aber nur dann als Majestätsbeleidigung aufzufassen, wenn das Bewußtsein, eine neue Majestätsbeleidigung zu begehen, und die Absicht zu beleidigen nachgewiesen werden kann. Ein solcher Nachweis aber kann in dem vorliegenden Fall nicht nur nicht mit Erfolg geführt werden, sondern es findet hier gerade das Gegentheil von dem statt. Denn wenn der Verfasser des Referats sagt, der betr. Pfarrer habe nun Gelegenheit, darüber nachzudenken, „welcher Unterschied zwischen annectiren und — ist“, so beweist der Strich eben auf das Positivste die Absicht, keine Majestätsbeleidigung zu begehen. Der Schreiber scheute sich offenbar, Annectiren und Stehlen neben einander zu setzen, sonst würde er dem Worte „Stehlen“ nicht einen Strich substituirt haben und dieses Streben läßt sich aus dem Wunsch erklären, in keine Collision mit dem Strafgesetz zu kommen, involviret also die Abwesenheit majestätsbeleidigender Absicht.

Es läßt sich also gerade hierdurch auf das Bestimmteste die Abwesenheit des Bewußtseins, eine Majestätsbeleidigung zu begehen und die Absicht dazu nachweisen, denn es wird darin eben ein Unterschied zwischen annectiren und stehlen anerkannt und dann zeigt das Strichzeichen auf das Unzweideutigste, daß der Verfasser des Referats den Gebrauch eines Wortes vermeiden wollte, dem ein beleidigender Charakter möglichenfalls hätte beigelegt werden können. Ohne die zweite incriminirte Stelle hätte für die erste der Nachweis der Absicht zur Majestätsbeleidigung gefehlt; durch die zweite Stelle ist der positive Beweis geliefert, daß eine derartige Absicht, resp. Bewußtsein nicht vorhanden war.

Wenn nun auch der Verfasser das Wort „stehlen“ nicht durch einen Strich angedeutet, sondern ausgeschrieben hätte, wenn also der Satz folgendermaßen lauten würde: „um ihn in der stillen Zelle Gelegenheit zum Nachdenken darüber zu geben, welcher Unterschied zwischen annectiren und stehlen ist“, so enthielt diese Aeußerung doch nicht die Behauptung, daß Beides (annectiren und stehlen) dieselbe Bedeutung hätte.

Scheinbar besteht wohl eine große Ähnlichkeit der Begriffe und doch sind sie in Wirklichkeit thausächlich unterschieden. Das Wort „stehlen“ wird nur in gewöhnlichen bürgerlichen Verhältnissen gebraucht, und in diesen bürgerlichen Verhältnissen wird allerdings mit ihm ein verächtlicher Sinn verbunden, das Wort „annectiren“ wird hingegen nur in politischen Verhältnissen angewendet, und mit ihm nach Ansicht der Mehrzahl der Menschen keine entehrende Handlungswelt bezeichnet. Der Artikel hat daher nur sagen wollen, daß der Verurtheilte die Begriffe gewöhnlicher, bürgerlicher Moral auf politische Verhältnisse angewendet habe, in denen sie nicht gültig seien und daß ihm nun Gelegenheit geboten sei, das Unpassende dieser Verwechslung der Begriffe zu bedenken. Es könne somit hiernach nicht davon die Rede sein, den deutschen Kaiser des Diebstahls beschuldigt, ihn beleidigt zu haben. Der Angeklagte beantragte daher seine Freisprechung.

Diesem Antrag wurde jedoch nicht entsprochen, sondern Uhle, wie wir schon oben berichteten, zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß werden vom Verurtheilten natürlich die ihm zustehenden Rechtsmittel eingewendet werden. Es ist also noch nicht ausgeschlossen, daß die anzuhaltenden höheren Instanzen ein freisprechendes Urtheil fällen werden.“

**Dresden, 7. April.** In der wider Gustav Rasch wegen seines in Braunschweig bei W. Brack jr. erschienenen Buchs: „Die Preußen in Elbaf und Pothringen“ von den braunschweigischen Behörden eingeleiteten Kriminaluntersuchung ist die Majestätsbeleidigung bereits fallen gelassen worden, so daß nur die §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Begründung der Anklage übrig bleiben. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat sich aus Competenzgründen und aus formellen Gründen für nicht befugt erklärt, gegen den Verfasser des Buchs einzuschreiten. Derselbe hat nun über die braunschweigischen Behörden beim Anklagenrat des Obergerichts zu Wolfenbüttel Beschwerde erhoben und Aufhebung der Verhaftung, sowie Einstellung der Untersuchung verlangt, weil die von der Staatsanwaltschaft angezogenen Stellen seines Buchs für die Begründung einer Anklage gar keine Veranlassung böten, sondern ganz notorische Zustände — die Inspiration der offiziellen Presse — schilderten.

**Schmökel, 6. April.** Mit der Tagesordnung „Die Haltung der Reichstagsmajorität der Opposition gegenüber“ hatten wir zum 31. März eine Volksversammlung in's Schützenhaus einberufen. Das Bureau bestand aus Martin, Figschler und Simon. Das Referat hatte der grade auf einer Durchreise begriffene Parteigenosse Ufert übernommen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in sehr zufriedenstellender Weise; zufriedenstellend wohl für die Arbeiter, nicht aber für die anwesenden Gegner, unter diesen obenan der Bürgermeister. Dieser fand nämlich gelegentlich der Behandlung des Contractbruchgesetzes in dem Worte „vernagelt“, das der Referent aufnahmeweise der Commission, die das Contractbruchgesetz durchzubringen hatte, nicht beilegen wollte, eine beleidigende Anspielung auf den Reichstag und rettete die Ehre desselben durch Auflösung der Versammlung. Wir gönnten dem Herrn Bürgermeister das Vergnügen, geschadet hat uns die Auflösung aber nicht. Beüben will uns jedoch, daß die Auflösung nur erfolgte, weil Referent das Wort „vernagelt“ gebrauchte. „Vernagelt“ waren nämlich abscheulicher Weise sämmtliche Kanonen — eine war sogar in einen tiefen Steinbruch gestürzt worden — in dem Moment, als die Patrioten unserer Stadt ihrem Siegesrausch über den Ausfall des „heiligen“ Krieges durch Victoriaschienen Ausdruck geben wollten. Das Beste an der Sache ist, daß sich bis heute Niemand gefunden hat, der die „verruchten Thäter“, trotz 20 Thaler Belohnung, verrathen hat. Vernageln der Kanonen — Auflösung der Versammlung. Wurst wider Wurst! Thut nichts. Eine zweite Versammlung wird nicht ausbleiben.

#### Briefkasten

der Redaktion. S. S. in Ruhbaum: die Mittwochsummer ist ausgefallen. R—ff in Wien: Welche Frage meinen Sie? R. B. in Berlin: Besten Dank für Ihre Auskunft. Die „Königsberger Hartung“ hat sich die Sache bereits zu Nutzen gemacht. Internationale Arbeiter-Assoziation in Genf: In nächster Nummer.

der Expedition. E. Wille Jassy, das Rühlbäuser Ab. f. B. beträgt 2. 25 Gr. Bericht willkommen. S. Wd. Coblenz Ab. 5 Gr. J. Martin Schmökel Schrift 5 Gr. Smu. Danzig Schrift 1 Thlr. 25 Gr. K. Fr. Wertheim Ab. 2. 1 Thlr. 12 Gr. Schrift 4 Gr. D. Stitz Reudnitz Ab. 1. 1. 13 Thlr. Hjar. Stahlfurt Schrift 1 Thlr. 9 Gr. J. Wille hier Ab. 1. 1. 15 Thlr. G. Hirsch Elm Ab. 1. 1. 22 Thlr. Hmann Eberfeld Ab. 1. 1. 5 Gr. Pl. Strassburg Ab. f. M. A. 1. 1 Thlr. 5 Gr. Tammann Berlin Schrift 7 Thlr. Pösch. Kuffig Ab. 2. 1 Thlr. 4 Gr. Reinhold hier Ab. 1. 1. 16 Gr. Söf. Rühlbäum Schrift 1 Thlr. 8 Gr. 3 Pf. Th. Ab. Frankfurt a. M. Ab. 1. 1. 18 Thlr. Ach. Part. d. Anon. 1 Thlr. 2 Gr. Sch. Freyberg Schrift 5 Gr. Jagds. Witten Ab. 1. 1. 20 Thlr. Anon. 14 Gr. Bl. Helmar Schrift 1 Thlr. 12 Gr. Wd. Wdr. Budau Schrift 1 Thlr. 3 Gr. S. Bglr. Werdau Ab. 1. 1. 8 Thlr. 11 Gr. 5 Pf. Th. Eggberg Schrift Ab. 2. 1. 17 Gr.

**Bund f. pol. Gemäßigtheit.**  
Von Th. Jagds. Witten 24 Gr.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Antheilshefte bez. Antheilschlüssen ertheilen ferner: In Elm. W. Pf. 3 Thlr. In Witten J. C. A. G. 2 Thlr. In GutsMuths C. G. 11 3 Thlr. In Magdeburg B. G. 1 Thlr.

### Anzeigen zc.

**Berlin**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Bezirksversammlungen.  
Montag, 13. April, Abends 8 Uhr:  
Prinzenstraße 72 bei Carus (oberer Saal)  
„Der Emancipationskampf des vierten Standes in Deutschland“. (Von R. Meyer [„Revue“] ist hierdurch eingeladen.) Verschiedenes.  
Dienstag, 14. April, Abends 8 Uhr:  
Kafe Hausmann, Elisabethstraße 17 (Eingang vom Hof)  
„Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Vortrag des Hrn. Heiland. Verschiedenes, u. A.: Mittheilung über den Prozeß gegen Heinsch, am 14. April.  
Kein Parteigenosse darf fehlen! Neue Mitglieder werden aufgenommen. Jedermann hat freien Zutritt. Das Agitations-Comité.

**Cöln**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Rittwoch, den 15. April, Abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung** bei Dreuer, Eigelstein 25. — Tagesordnung: „Die futuristische Entwicklung der Welter“. Vortrag von G. Schuhmacher. Um recht zahlreiches Erscheinen bitten. Der Vertrauensmann.

**Elberfeld**  
Allgemeiner deutscher Schneiderverein.  
Unsern stillenden Kollegen zur Nachricht, daß am diesigen Orte noch für mehrere Schneidergesellen Beschäftigung ist. Mit sozial-demokratischem Gruß.  
Fr. Herklotz, Grünstraße Nr. 10.

**Gohls**  
Arbeiterverein.  
Montag, 13. April, Abends 8 Uhr: **Versammlung** in der „Oberste“. — Tagesordnung: „Die Prinzipien der Sozialdemokratie und der Prozeß gegen das Contractbruchgesetz.“ Referent: B. Bloss aus Leipzig. — Sämmtliche Arbeiter und Kleinwerdende haben Zutritt. Der Vorstand.

**Leipzig**  
Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.  
Dienstag, den 14. April, Abends 8 Uhr: **Versammlung** im Gewandgäßchen 4, 1 Zr.  
Da mit dieser Sitzung die Quartalsabrechnung geschlossen wird, so werden die Restitenden nochmals an ihre Pflicht erinnert. D. B.

Allen Mitgliedern, die sich der Krankenkasse angeschlossen, bis jetzt aber noch nicht ärztlich untersucht sind, werden dringend gebeten, sich Sonntag, den 12. April, Nachmittags 3 Uhr, im Arbeiter-Bildungsverein einzufinden.  
D. O.

**Leipzig**  
Gewerkschaftsvorstände.  
Dienstag, den 14. April, Abends 8 Uhr: **Zusammenkunft** in Wintler's Restauration, kleine Windmühlenstraße.  
K.

## Arbeits-Hosen.

- Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
- Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
- Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfohlen

**Louis Guttman**

J. N. No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.

Folgende neue Werke aus meinem Verlage empfehle ich den Parteigenossen bestens. Die beibehaltenen Preise gelten nur für Arbeitervereine und nur bei directem Bezug gegen baar oder Postnachschuß. Im Buchhandel sind die Preise etwas höher.

**Ein Complot gegen die Internationale Arbeiterassoziation.** Offizieller Bericht über das Treiben Bakunin's und der Allianz der sozialistischen Demokratie. Aus dem Französischen übersezt von S. Kolesky. Einzeln 12 1/2 Gr., bei Partien 10 Gr.

**Meine 3 1/2-jährige Leipziger Polizeicampagne.** Von A. Heuner. Seine höchst interessanten Klänge mit dem Leipziger Polizeidirector Dr. Haber, behandelt Heuner vornehmlich die Gesichtspunkte, auf Grundlage der Actenstücke.

Einzeln 6 Gr., bei Partien 5 Gr.  
**Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's.** Von Bernh. Beder.

Was über die Lassalle'schen Agitation bis jetzt existirt, ist äußerst dürftig. Bernhard Beder, dessen Beruf zu dieser Arbeit unbestreitbar, liefert den Parteigenossen ein Werk, das eine Menge bisher nie veröffentlichte Documente enthält und äußerst aufklärend für die Bewegung wirken wird.

Dasselbe erscheint in 5 bis 6 Lieferungen à 4 Bogen gr. Octav. Preis jeder Hg. einzeln 5 Gr., in Partien 5 Gr.  
Die erste Lieferung erscheint vor Mitte dieses Monats.

**Am Wehrl der Zeit.** Sozialpolitischer Roman von A. Otto-Walcker. Complot in 15 Lieferungen oder in 3 Bänden.

Der Roman ist einzig in seiner Art. Im Gewande einer trefflich erzählten und spannenden Erzählung behandelt der Verfasser den sozialpolitischen Kampf der Jetztzeit nach allen Richtungen. Wie vortrefflich Walcker's Feder zu schildern und zu „paden“ versteht, ist bekannt.

Der Roman kann allen Parteigenossen ernstlich empfohlen werden; auch als Agitationsmittel in vielen Kreisen ist er nicht zu unterschätzen. Preis der Lieferung 2 Gr., bei Partien 1 1/2 Gr.; Preis complet einzu 25 Gr., bei Partien 20 Gr.

Bei dieser Gelegenheit empfehle ich den Parteigenossen auch meine übrigen Verlagsartikel. Verzeichnisse über dieselben stehen in jeder Anzahl gratis und franco zu Gebote.  
Braunschweig, 1. April 1874. W. Brack jr.

Obige Schriften können zu gleichem Preise auch bezogen werden durch die Expedition des „Volkstaats.“  
Durch die Expedition des „Volkstaats“ ist zu beziehen:  
**Dr. Johann Jacoby,**

## Das Biel der Arbeiterbewegung.

Preis pro Stück 2 Agr.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:  
**Allerhand Proletariat.**

Eine Hausgeschichte von A. Otto-Walcker.  
(Separatdruck aus dem „Volkstaats“-Erzähler.)  
Preis brosch. 5 Sgr., gebunden 7 1/2 Sgr.  
Expedition des „Volkstaats.“

## Inserate

für die Mittwochsummer müssen Montags, für die Freitagsummer Mittwoch, für die Sonntagsummer Freitags Mittags in unseren Händen sein, wenn sie bestimmte Aufnahme finden sollen.

Inserate bitten wir an uns zu adressiren.  
Leipzig: Hermanns-Redaktion: W. Preißer. (Redaktion u. Exped. in der Str. 44.) Band und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.